

Meinung

Wahlkampf

Die Zerstörung der CDU

CHRISTINE DANKBAR

Die gute Laune, die der Wahlkampfauftakt der Union am Sonnabend produzieren sollte, hat nicht mal 24 Stunden gehalten. Die neuesten Umfrageergebnisse, die dem Kanzlerkandidaten von CDU und CSU am Sonntag entgegen-schlügen, sind erschütternd für sie: Die SPD hat zur Union aufgeschlossen. Damit tritt nun das ein, was im Frühling noch keiner für möglich gehalten hat: Das Rennen ums Kanzleramt wird wohl zwischen Armin Laschet und Olaf Scholz entschieden. Die Grünen sind auf Platz drei abgerutscht. Dass das an diesem Wochenende nur eine Randnotiz ist, wird deren Wahlkämpfer nicht in bessere Laune versetzen.

Und weil ein Unglück auch für die CDU nicht allein kommt, hat sich am Wochenende auch noch der YouTuber Rezo eingeschaltet und ein halbstündiges Video hochgeladen, in dem er sich mit Inkompetenz, Lügen und PR-Fails der Politik befasst. Wieder ist es die CDU, die er besonders ins Visier nimmt. Zwar sind die dargelegten Fettnäpfchen und Fehler allesamt bekannt – misslich ist für die Union aber Rezos Reichweite. Schon am ersten Tag, an dem das Video online war, wurde es von fast 800.000 Usern gesehen. Und Rezo kündigte für die nächsten Tage gleich noch ein weiteres an.

Man braucht wohl keine prophetische Gabe, um vorherzusagen, dass die fünf Wochen spannend werden. Vielleicht wird es jetzt auch noch mal richtig schmutzig, denn zumindest bei der Union macht sich allmählich Panik breit. Die Erkenntnis, dass man womöglich auf den falschen Spitzenmann gesetzt hat, dämmert vielen zu einem Zeitpunkt, an dem es längst zu spät ist, das zu korrigieren. Laschet bleibt Kanzlerkandidat bis zum bitteren Ende. Das ist auch Markus Söder klar, der ihm am Samstag noch mal seine Unterstützung versichert hat. Allerdings hat er es ähnlich gemacht wie die Kanzlerin: Freundlich, aber keineswegs begeistert steht man zu Armin Laschet. In der jetzigen Situation ist das

Klar ist jedenfalls, dass Laschet allein den Bundestagswahlkampf nicht erfolgreich beenden kann. Ihm fehlt schlicht das Charisma dafür.

nicht viel besser als offene Feindschaft. Wenn aus der Unionsführung auch nur leise Zweifel an der Personalauswahl hängen bleiben, wie kann man da an der Basis Begeisterung erwarten?

Will die Union das Ruder noch einmal herumreißen, dann müssten sich jetzt alle in einen leidenschaftlichen Wahlkampf für den Mann aus Nordrhein-Westfalen werfen. Das aber ist nicht in Sicht. Laschet selbst hat an seinem Kampfeswillen am Wochenende keinen Zweifel gelassen. Aber für ihn geht es ja auch um alles. Wenn er eine Niederlage einfährt, und sei es auch nur eine knappe, dann wird sofort die Diskussion um den Parteivorsitz wieder losgehen. Womöglich nutzt Friedrich Merz ja dann seine dritte Chance?

Klar ist jedenfalls, dass Laschet allein den Bundestagswahlkampf nicht erfolgreich beenden kann. Ihm fehlt schlicht das Charisma dafür. Er ist aber auch in seinen inhaltliche Aussagen so vage, dass es selbst wohlmeinenden Beobachtern schwer fällt, sich ein Bild davon zu machen, wie eine Regierung Laschet aussehen könnte. Man wird den Verdacht nicht los, dass der Kandidat das selbst nicht genau weiß.

Vergeblich hat man bisher auch darauf gewartet, dass Laschet ein Team vorstellt, mit dem klar wird, wohin die Reise gehen soll. Der Plan, erst mal stärkste Partei zu werden und dann in Koalitionsgesprächen ausloten, was geht, war schon riskant genug, als die Union noch besser in den Umfragen dastand. Jetzt wirkt dieses Lavieren geradezu fahrlässig.



In selbst gewählter Zurückhaltung

HEIKO SAKURAI

Wenn es gut läuft, gibt es viele Gewinner in diesem Streitfall. Die Pflegekräfte, die ab Montag an den Berliner Landeskliniken in den Ausstand treten wollen. Sie kämpfen für bessere Arbeitsbedingungen. Profitieren könnten auch Vivantes und Charité, die bis Mittwoch den Warnstreik der Gewerkschaft Verdi zu spüren bekommen. Die Unternehmen wollen zwar mehr Personal einstellen, das ist unter den jetzigen Bedingungen aber nicht zu bekommen. Vor allem sind es die Patienten, die im Idealfall den Nutzen haben. Auch diejenigen, die jetzt die größten Leidtragenden des Tarifkonflikts zu sein scheinen, diejenigen in den bestreikten Einrichtungen. Denn im Kern geht es bei den Arbeitsniederlegungen um alle, die künftig einer stationären Behandlung bedürfen. Es geht um die Qualität ihrer Versorgung. In Berlin, vielleicht auch andernorts. Wenn es gut läuft.

Der Streitfall Vivantes, der Konflikt an der Charité – sie sind Folge einer langjährigen Fehlentwicklung im Gesundheitswesen. Schon vor dem Ausbruch des Coronavirus waren Hinweise darauf zu beobachten, während der Pandemie aber ließen sich die Probleme nicht mehr ignorieren: zu wenig Personal, zu schlechte Arbeitsbedingungen, ein System vor dem Kollaps. Inzidenzen wurden zu Grenzwerten für die Belastbarkeit.

Die nächste Infektionswelle rollt nun heran, die Zahl der Einweisungen von Corona-Patienten in Kliniken nimmt wieder zu. Der Zeitpunkt für einen Warnstreik ist gut gewählt. Zumal die Deutschen am 26. September über die Zusammensetzung des Bundestags entscheiden, die Berliner das neue Gesicht des Abgeordnetenhauses bestimmen und mancher Wahlkämpfer die Segnungen seiner Gesundheitspolitik großflächig plakatiert.

Nicht nur der Zeitpunkt für einen Streik könnte kaum besser passen, auch sein Ziel, er trifft geradewegs die Politik. Vivantes und

Krankenhausstreik

Viele könnten gewinnen



CHRISTIAN SCHWAGER

Charité befinden sich im hundertprozentigen Besitz des Landes Berlin. Die Bundesländer wiederum sind für Investitionen in Krankenhäusern verantwortlich, haben sich aus dieser Verantwortung in der Vergangenheit jedoch immer stärker zurückgezogen. Die Infrastruktur hat gelitten, die Personaldecke an der Basis auch. Unter der alltäglichen Überforderung der Pflegekräfte leiden die Patienten.

Rund eine Viertelmillion sind es, die allein Vivantes pro Jahr stationär behandelt, insgesamt werden mehr als eine halbe Million Menschen von dem kommunalen Klinikkonzern versorgt. Er ist der größte seiner Art in Deutschland, in etlichen Fachrichtungen berlinweit am stärksten aufgestellt, hält aber das gesamte Spektrum an medizinischer Versorgung vor. Fällt die Stroke Unit in Spandau aus, fehlt ein wichtiger Baustein

in der Versorgungsarchitektur. Sich auf die lukrativen Bereiche zu konzentrieren, ist ein Privileg privater Träger. Sie bieten Leistungen an, die durch höhere Fallpauschalen attraktiver werden, die sogenannten DRGs, finanziert von den Beitragszahlern der Krankenkassen. Diese Konzeption führt auch dazu, dass Geld der Solidargemeinschaft in die Kassen gewinnorientierter Unternehmen und ihrer Anteilseigner fließt. Doch das ist nicht die einzige Merkwürdigkeit im System.

Die DRGs richten sich nach Kliniken mittlerer Größe mit einer Kapazität von etwa 400 Betten aus. Rettungsstellen und Bereitschaftsdienste rund um die Uhr müssen allerdings auch kleinere Krankenhäuser vorhalten, zumal dann, wenn sie ein größeres Gebiet allein abdecken. Viele dieser Häuser stehen vor der Wahl, die Kosten über spezialisierte Angebote zu refinanzieren – oder sich irgendwann in die Insolvenz zu verabschieden.

Der Konzentrationsprozess ist politisch gewollt, wenn auch nicht auf direktem politischem Weg forciert, sondern über einen stark reglementierten wirtschaftlichen Wettbewerb. Das Ziel lautet: Die Hälfte der bisher rund 1400 Krankenhäuser soll bestehenbleiben, je weniger, desto besser. Große Zentren sollen die stationären Bereiche übernehmen, ambulante Einrichtungen die Versorgung in der Fläche. Abseits ökonomischer Effekte ist der Sinn dieses Radikalumbaus höchst umstritten, andere Modelle werden diskutiert. Ein Konsens lässt sich kaum ausmachen. Etliche starke Akteure auf dem lukrativen Markt verfolgen ihre eigenen Interessen.

Die vermeintlich schwächste Gruppe meldet sich nun zu Wort, ein Teil von ihr jedenfalls, in Berlin. Sie hat das stärkste Argument: Ohne sie, die Pflegekräfte, die helfenden Hände am Patientenbett, läuft in Kliniken nichts. Wer das nach den ersten Wellen der Pandemie schon wieder vergessen hat, den sollte dieser Streik daran erinnern.

Kolumne

Kolay gelsin allerseits!

MIRAY CALISKAN

loren hat. Übersetzt heißt das: Mögen deine Wunden bald verschließen. Wenn jemand niest, folgt kein „Gesundheit!“, sondern ein „lebe lang“ – „cok yasa“. Die Antwort darauf ist ein „sende gör“, also „ich hoffe, dass auch du lange leben wirst“. Wird ein Mensch krank, wünscht man ihm, dass die Erkrankung schon vorbei ist – „gecmis olsun“. Geht die Mama arbeiten, wünscht man ihr ein „kolay gelsin“, also eine Tätigkeit, die möglichst leicht ist.

Und dann gibt es noch „hayirlisi“, ein Begriff, der vor allem dann fällt, wenn sich neue Wege im Leben des anderen auftun. Zum Beispiel, wenn die Person ein Vorstellungsgespräch oder eine Wohnungsbesich-

tigung hatte. Mit „hayirlisi“ drückt man aus, dass die Zusage nur dann kommen soll, wenn sie etwas Gutes verheißt. Etwas, was die Person weiterbringen wird. Klappt es nicht, wäre der Weg vielleicht unheilvoll gewesen. Möglicherweise hätte man die Entscheidung, in den neuen Job einzusteigen, sogar am Ende bereit – Kismet, also das Schicksal, das jedem Menschen zuteil wird – hat dafür gesorgt, dass es nicht dazu gekommen ist. Deshalb kann als Synonym für „hayirlisi“ auch „kismetse“ oder in einem religiöseren Kontext auch „insallah“ gebraucht werden – was so viel heißt wie: wenn Gott will.

Ich kenne die türkische und deutsche Kultur gleichermaßen und bin auch nach 28 Jahren fasziniert davon, welche Sprache was leisten und vor allem wie viel sie bewirken kann. Die türkischen Sprichwörter sind für mich ein Zeichen von Dankbarkeit den Mitmenschen gegenüber, mit dem denkbar geringsten Aufwand. Ich bin bilingual aufgewachsen und manchmal fehlen mir diese kleinen Redewendungen, die ja vielmehr als Gesten bezeichnet werden müssten, im Deutschen. Manchmal bilde ich mir ein, dass türkischstämmige Menschen herzlicher sind als andere Deutsche, wenn ich die Sprache vergleiche.

Vielleicht führe ich ein paar der Wendungen demnächst zumindest unter meinen Kolleginnen und Freunden ein und wünsche allen am Montag ein „kolay gelsin“.

Zitat

„Ich will keine besonders junge oder besonders erfahrene Nationalmannschaft, ich will einfach die beste.“

Hansi Flick, Fußballbundestrainer der Männer, im Interview mit der Süddeutschen Zeitung über die künftige Zusammenstellung der DFB-Nationalmannschaft

Auslese

Machtverlust des Westens

Die Niederlage des Westens in Afghanistan beschäftigt die Kommentatoren der Sonntagszeitungen. Die Schweizer *Sonntagszeitung* sieht vor allem den Präsidenten der USA, Joe Biden, unter Druck. „Viele Gründe sprechen jedoch dafür, dass sich Biden eine schwer heilbare politische Wunde zugefügt hat. Ersten hat er das Debakel in Kabul noch nicht hinter sich gebracht. (...) Zweitens muss Biden ein amerikanisches Grundversprechen einlösen und alle Landsleute aus Afghanistan evakuieren. Gelingt ihm das nicht, werden auch Wohlwollende von ihm abfallen. Dies gilt drittens noch viel mehr, sollte dereinst aus Afghanistan stammender Terror die USA zu Hause erreichen.“

Die Londoner Zeitung *The Observer* befürchtet nun einen Einflussverlust des Westens: „Es ist unklar, welchen Einfluss die USA und Europa in Zukunft haben werden – wenn sie überhaupt einen haben –, während China und Russland das Vakuum füllen. Noch weiß niemand mit Sicherheit, ob die Machtübernahme der Taliban zu neuen internationalen islamistischen Terrorgefahren führen wird.“

Die italienische Zeitung *Corriere della Sera* erwartet sogar, die durch die Katastrophe in Afghanistan die Beziehungen zwischen den USA und Europa Schaden nehmen könnten und der Antiamerikanismus wiederauflebt: „Die internationale Führung der Vereinigten Staaten, die schon zuvor am Abstieg war, geht aus der Afghanistan-Affäre ziemlich übel zu gerichtet hervor. Deshalb ist in den kommenden Monaten und Jahren in Europa mit einer starken Wiederaufnahme des Antiamerikanismus zu rechnen, der nie verschwunden war.“ (tom.)

Berliner Zeitung

PFLICHTBLATT DER BÖRSE BERLIN
 Herausgeber: Dr. Michael Maier
 Textchefin: Bettina Cosack (V.i.S.D.P.)
Redaktionelle Koordination: Karim Mahmoud, Tobias Miller
Reporter: Ruth Schneeberger, Jan Schmidt
Dossier: Anja Reich, Sabine Rennefanz
Ressorts
Politik & Gesellschaft: Christine Dankbar
Welt & Nationen: Dr. Michael Maier
Wirtschaft & Verantwortung: Katharina Briene
Kultur: Harry Nutt
Lernen & Arbeiten: Eva Corino
Gesundheit & Leben: Ruth Schneeberger
Sport & Leidenschaft: Benedikt Paatzholdt
Chef Fotoredaktion: Paulus Ponitzak
 Die für das jeweilige Ressort an erster Stelle Genannten sind verantwortliche Redakteure im Sinne des Berliner Pressgesetzes.
Chef Print: Ingo Preißler
Art Direction Print: Heike Fischer
Chefin Open Source: Dr. Petra Kohse
Lesertelefon Redaktion: +49 30 63 33 11-457
 E-Mail: leser-biz@berlinerzeitung.de
Redaktion: BV Berliner Tageszeitungen GmbH
Geschäftsführung BV Berliner Tageszeitungen GmbH:
 Dr. Mirko Schiefelbein, Jan Schmidt
 Alte Jakobstr. 105, 10969 Berlin
Verlag: Berliner Verlag GmbH:
Geschäftsführung: Dr. Mirko Schiefelbein, Christoph Stiller
 Postadresse 11509 Berlin, Besucher: Alte Jakobstr. 105, 10969 Berlin
 Telefon: +49 30 23 27 77; Fax: +49 30 23 27-55 33
Anzeigen: BVZ Anzeigenzeitungen GmbH, Geschäftsführung:
 Dr. Mirko Schiefelbein, Edzard Maske
 Postfach 11 05 06, 10835 Berlin;
 Anzeigenannahme: +49 30 23 27-50; Fax: +49 30 23 27-66 97
 E-Mail: kundenservice@berlinerzeitung.de
 Traueranzeigen: E-Mail: traueranzeigen@berlinerzeitung.de
 Es gilt Anzeigenpreisliste gültig seit 1.1.2021.
 Druck: BV Berliner Zeitungsdruck GmbH,
 Geschäftsführung: Steffen Helmschrott, Christoph Stiller
 Am Wasserwerk 11, 10365 Berlin,
 Internet: www.berliner-zeitungsdruck.de
 Leserservice Abo: +49 30 23 27 77, E-Mail: leserservice@berlinerzeitung.de
 Die Print-Ausgabe und das E-Paper der Berliner Zeitung werktätlich Mo-Fr
 sowie als Wochenendausgabe samstagslich im Berliner Verlag.
 Mit dem Digital-Abo der Berliner Zeitung erhalten Sie
 jederzeit Zugang zu allen Artikeln auf berliner-zeitung.de.
 Alle Angebote und die dazugehörigen Preise finden Sie auf unserer
 Internetseite aboshop.berliner-zeitung.de
 Im Falle höherer Gewalt und bei Arbeitskampfen (Streik/Aussperrung) besteht
 kein Belieferungs- und Entschädigungsanspruch.
 Erfüllung und Gerichtsstand Berlin-Mitte.